

WAHLPRÜFSTEINE DES DEUTSCHEN HANFVERBANDES

zur Landtagswahl in Sachsen am 01.09.2019

Antworten FDP Sachsen

1. Die deutsche Drogenpolitik basiert auf vier Säulen: Prävention, Beratung und Behandlung, Überlebenshilfe und Schadensminimierung, Repression und Angebotsminimierung. In Deutschland werden weit mehr Ressourcen für Repression als für Prävention ausgegeben. Wie bewerten Sie die Schwerpunktsetzung in der Drogenpolitik? Halten Sie Repression und die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten für eine sinnvolle Säule der Drogenpolitik?

- Wir setzen uns für die Legalisierung von Cannabis ein. Damit wäre ein wichtiger Schritt getan, um beispielsweise Steuergelder zu generieren, die in Präventionsarbeit investiert werden können.

2. Menschen, die Cannabis konsumieren, werden immer noch strafrechtlich verfolgt. Wollen Sie diese Strafverfolgung generell mildern, verschärfen oder unverändert lassen?

- Der Streit in der FDP zu dieser Frage wurde unlängst entschieden. Die Jungen Liberalen haben sich mich Ihrer Forderung „legalize it“ durchgesetzt.

3. Nach dem Urteil des BVerfG von 1994 sollen "Geringe Mengen" für den Eigenbedarf nicht strafrechtlich verfolgt werden. Wie stehen Sie zur aktuellen Verordnung zur Anwendung der "Geringen Menge" nach §31a BtMG in Sachsen und planen Sie Änderungen?

- Wir setzen uns für die Legalisierung ein. Zwischenschritte sind dabei Anpassungen in Bereich der geringen Mengen für den Eigenbedarf.

4. Wollen Sie die Strafverfolgung des Anbaus weniger Hanfpflanzen zur Deckung des Eigenbedarfs mildern, verschärfen oder unverändert lassen?

- Die Legalisierung würde die Problematik für obsolet erklären.

5. Nach §3 Abs. 2. BtMG kann eine Kommune oder ein Land eine Ausnahmegenehmigung für eine legale Veräußerung von Cannabis beantragen, wenn dies im wissenschaftlichen oder öffentlichen Interesse liegt. Wie stehen Sie zu einem Modellversuch für eine kontrollierte Veräußerung von Cannabis an Erwachsene?

- Wir halten nichts von Projekten, wenn der eigentliche Hauptschritt, die Legalisierung erfolgen soll.

6. Ein regulierter legaler Markt bietet die Möglichkeit von Qualitätskontrollen bei Cannabisprodukten. Auf dem heutigen Schwarzmarkt sind der Wirkstoffgehalt sowie mögliche Verunreinigungen und Beimengungen des Cannabis für den Konsumenten nicht ersichtlich. Unter dem Aspekt der Schadensminimierung wäre die Möglichkeit für anonyme Substanzenanalysen ein drogenpolitisches Instrument, das auch jetzt genutzt werden könnte. Wie stehen Sie zur Qualitätskontrolle (Drug-Checking) von Substanzen wie Cannabis?

- Drug-Checking kann zur Wahrung des Gesundheitsschutzes ein Mittel sein, um bis zur Legalisierung die persönliche Gesundheit zu wahren.

7. Cannabiskonsumenten werden bei der Überprüfung der Fahreignung gegenüber Alkoholkonsumenten benachteiligt. Selbst ohne eine berauschte Teilnahme am Straßenverkehr kann Menschen, die Cannabis konsumieren, der Führerschein über das Verwaltungsrecht entzogen werden. Setzen Sie sich für eine Gleichbehandlung mit Alkoholkonsum bei der Auslegung der Fahrerlaubnisverordnung (FeV) ein?

- Durch die Legalisierung müsste hier eine Anpassung erfolgen. Wie diese konkret aussehen wird, muss der Bundespolitik überlassen werden, die für diese Frage zuständig ist.

8. Der reine Besitz von Cannabis – ohne einen Bezug zum Straßenverkehr – wird nahezu regelmäßig von der Polizei an die Führerscheinstellen gemeldet Dies widerspricht u.E. der Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 20.06.2002, in dem u.a. festgestellt wird, dass der Besitz, der einmalige oder gelegentliche Konsum von Cannabis ohne Einfluss auf das Führen von Kraftfahrzeugen im Straßenverkehr keine fahrerlaubnisrechtlichen Maßnahmen nach sich führen sollte. Wollen Sie in Sachsen an dieser Praxis festhalten oder diese ändern?

- Diesen Sachverhalt müssen wir gerade mit Hinblick auf die DSGVO prüfen. Wir gehen jedoch davon aus, dass diese „automatische“ Weiterleitung künftig nur im Ausnahmefall erfolgen sollte.

9. Viele drogenpolitische Maßnahmen betreffen eher Bundesrecht. Haben Sie vor, Ihre drogenpolitischen Positionen, beispielsweise über Bundesratsinitiativen, auch bundesweit zu vertreten?

- Die FDP setzt sich bereits jetzt für die Legalisierung von Cannabis ein. Wir gehen davon aus, dass durch die FDP Sachsen dies über den Bundesrat flankiert werden kann.

10. Welche drogenpolitischen Initiativen gab es von Ihrer Landespartei und Landtagsfraktion in der aktuellen Legislaturperiode?

- Leider keine. Wenn Ihr Verband aktiv die FDP unterstützt, dann werden wir künftig wieder stark im Landtag vertreten sein und können gemeinsam die Legalisierung voranbringen.

11. Welche drogenpolitischen Initiativen plant Ihre Partei und Fraktion für die kommende Legislaturperiode?

- Unterstützung der Bundes-FDP mit Hinblick auf die Legalisierung.
- Wir setzen uns für eine Vereinfachung im Freistaat auf allen Ebenen ein. Die Verfolgung von geringfügigen Mengen ist unnötige Bürokratie, die abgestellt gehört, damit die Strafverfolgungsbehörden die „wichtigen“ Straftaten besser verfolgen können.

12. Es werden derzeit unterschiedliche Modelle für die Legalisierung weltweit diskutiert und teilweise erprobt. Die öffentliche Zustimmung für eine Legalisierung steigt derzeit rasant. Die Frage ist nicht mehr so sehr, ob wir legalisieren, sondern wie wir regulieren. Wie sollte Ihrer Meinung nach ein regulierter Markt für Cannabisprodukte aussehen?

- Wir haben auf Bundesebene beschlossen, dass der Verkauf in lizenzierten Geschäften an Personen ab 18 Jahren erfolgen soll.